

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Druckerei: Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 18. April 1989

Blatt 777

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Zilk: Dank an Stadtrat Busek (790)

Kommunal/Lokal:

Obere Augartenstraße: Nebenfahrbahn wird Einbahn (780)

Teilweise Fahrbahnsperre auf der Flughafenautobahn (780)

Wiener Krankenanstaltengesetz soll geändert werden (781)

Wien-Tourismus: Gute Bilanz der Wintersaison (782)

Wiener Gemüse nach wie vor nur gering belastet (783/784)

Zilk: Bis 1992/93 ist jede dritte Wiener Hauptschule gefährdet (785)

Josefstadt und Alsergrund: Zufrieden mit der Nahversorgung (786-788)

Einsatzübung der „Feuerwehrjugend“ im Rathaus (789)

Lainz: Expertenkommission wird voraussichtlich nächste Woche zusammentreten (791)

Sechs Verletzte bei Zimmerbrand (nur FS)

Bezirke:

Sitzungen der Bezirksvertretungen (780)

Kultur:

„Der Wiener Kreis um Moritz Schlick und die Folgen“ (778/779/FS: 17.4.)

„Der Wiener Kreis um Moritz Schlick und die Folgen“

Symposium in der Universität Wien

Wien, 17.4. (RK-KULTUR) Im Kleinen Festsaal der Universität Wien findet vom 20. bis 22. April unter dem Titel „Jour fixe der Vernunft“ ein Symposium über den „Wiener Kreis um Moritz Schlick und die Folgen“ statt. Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK, die das Symposium initiiert hat, und der wissenschaftliche Betreuer Paul KRUNTORAD, berichteten am Montag in einem Pressegespräch über Zielsetzung und Programm des Symposiums. Pasterk betonte, es sei längst notwendig, Moritz Schlick und dem Wiener Kreis auch in Wien die notwendige Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Sowohl die moderne analytische Philosophie wie auch die moderne Wissenschaftstheorie seien auf das Gedankengut des Wiener Kreises zurückzuführen. Das Symposium diene damit der Abdeckung eines Defizits, das Wien bisher in der Beschäftigung mit Schlick aufgewiesen habe.

Moritz Schlick, Philosophieprofessor an der Wiener Universität von 1922 bis zu seiner Ermordung 1936, veranstaltete jeden Donnerstag in seiner Wohnung ein Kolloquium, zu dem ein Kreis von Physikern, Mathematikern und Philosophen eingeladen war, darunter Rudolf Carnap, Otto Neurath, Philipp Frank, Friedrich Waismann, Kurt Gödel und andere.

Die Zielsetzung dieses Kreises war die „wissenschaftliche Weltauffassung“, von der die traditionelle „Metaphysik“ als Spekulation über transzendente Fragen, also Fragen jenseits der beobachtbaren physischen Realität abgelöst werden sollte. Aus der Kritik an der Metaphysik sollte sich einerseits eine einheitliche, auf den logisch-mathematischen Prinzipien beruhende Sprache entwickeln, die die Verständigung der Einzelwissenschaften untereinander ermöglicht, andererseits ein Kriterium zur Unterscheidung von Scheinproblemen der Philosophie und jenen, die sich mit den Methoden des „radikalen Empirismus“ beantworten ließen. Der „Wiener Kreis“ bezog sich dabei auf Wittgensteins „Tractatus logico-philosophicus“, ohne daß Wittgenstein selbst je an den Kolloquien von Moritz Schlick teilgenommen hätte.

Die analytische Philosophie, die Moderne Wissenschaftstheorie und der kritische Rationalismus zählen zu den Hauptströmungen der Philosophie der Gegenwart, sie gehen auf die Arbeit und die Intentionen des „Wiener Kreises“ zurück.

Jour fixe der Vernunft
Der Wiener Kreis um MORITZ SCHLICK und die Folgen
Universität Wien, Kleiner Festsaal
20. bis 22. April 1989

PROGRAMM**Donnerstag, 20. April**

Eröffnung: 10 Uhr

(Diskussionsleitung: P. Kruntorad)

Rudolf Haller, Graz	10.30
Wolfgang Stegmüller, München	11.10
Kurt R. Fischer, Wien	11.50
Nachmittag (Diskussionsleitung: R. Haller)	
Ludovico Geymonat, Mailand	14.30
Friedrich Stadler, Wien	15.10
Jan Sebestik, Paris	16.00
Rainer Hegselmann, Bremen	16.50

Bereits am 17. April 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Forts. auf Blatt 779

Freitag, 21. April

Nachmittag (Diskussionsleitung: W. Hochkeppel)

Hans Albert, Mannheim	14.00
Brian McGuinness, Wassenaar	14.50
Karl Heinz Lüdeking, Berlin	15.40
Dirk Koppelberg, Bochum	16.20
Gershon Weiler, Tel Aviv	17.20
Heiner Rutte, Graz	18.00

Samstag, 22. April

(Diskussionsleitung: P. Kruntorad)

Rosaria Egidi, Rom	10.00
Werner Becker, Gießen	10.45
Aldo Gargani, Pisa	11.30
Erhard Oeser, Wien	12.15

Nachmittag: 14.30 bis 16.00 ROUND TABLE (Zusammenfassung)

H. Albert, W. Becker, A. Gargani, R. Haller, W. Hochkeppel,
P. Kruntorad, B. McGuinness

(Schluß) gab/gal

Forts. von Blatt 778

Obere Augartenstraße: Nebenfahrbahn wird Einbahn

Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) In der Oberen Augartenstraße im 2. Bezirk war in der zwischen Gaußplatz und Taborstraße liegenden Nebenfahrbahn bisher das Durchfahren gemäß den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung nicht erlaubt. Mit kommendem Mittwoch, 19. April, 9 Uhr, tritt eine Neuregelung in Kraft: Die bisherige Nebenfahrbahn wird zur Einbahn erklärt (in Richtung Taborstraße) und darf damit in Zukunft zur Durchfahrt benützt werden. (Schluß) pz/rr

Teilweise Fahrbahnsperre auf der Flughafenautobahn

Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Nach einer schweren, vermutlich durch einen Kranaufbau verursachten Beschädigung des Gaswerksteges über der A 4/Flughafenautobahn muß an dieser Stelle ab heute, Dienstag, etwa 14 Uhr, die Fahrbahn auf einen Fahrstreifen eingeeengt werden, da als Sofortmaßnahme ein Hilfsgerüst zur Abstützung der Brückenkonstruktion errichtet werden muß. Die Verkehrsmaßnahme wird für die Dauer der aufwendigen Instandsetzungsarbeiten, die voraussichtlich bis zum Ende dieser Woche dauern werden, aufrecht bleiben. (Schluß) pz/rr

Sitzungen der Bezirksvertretungen

Wien, 18.4. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

Brigittenau: Mittwoch, 19. April, 18 Uhr, BV 20, Brigittaplatz 10;

Hietzing: Mittwoch, 26. April, 18 Uhr, BV 13, Hietzinger Kai 1-3;

Ottakring: Donnerstag, 27. April, 16 Uhr, BV 16, Richard-Wagner-Platz 19.

(Schluß) end/rr

Wiener Krankenanstaltengesetz soll geändert werden

Entwurf liegt in den magistratischen Bezirksämtern auf

Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Wie der Verfassungsgerichtshof kürzlich festgestellt hat, ist das Land Wien nur verpflichtet, öffentliche Krankenanstaltspflege für die Wiener Bevölkerung sicherzustellen. Aufgrund dieser neuen Situation muß nun das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 geändert werden. Bei dieser Gelegenheit ist auch die Novellierung einiger anderer Bestimmungen vorgesehen. Der Gesetzesentwurf für das neue Wiener Krankenanstaltengesetz liegt ab sofort bis zum 12. Mai in den magistratischen Bezirksämtern zur öffentlichen Einsicht auf.

In Wiener öffentlichen Krankenanstalten sollen Patienten aufgenommen werden, die Wiener Landesbürger sind oder als Fremde ihren ordentlichen Wohnsitz in Wien haben. Anstaltsbedürftige Personen aus einem anderen Bundesland sind aufzunehmen, wenn sie eine Kostenübernahmeerklärung des Bundeslandes vorweisen, in dem sie ihren ordentlichen Wohnsitz haben, oder wenn dieses Bundesland für seine Bewohner mit dem Rechtsträger der Wiener öffentlichen Krankenanstalt eine entsprechende Vereinbarung geschlossen hat. Dabei trifft die Verpflichtung zur Leistung des Behandlungsbeitrages nicht den Patienten, sondern jenes Bundesland, in dem der Patient seinen ordentlichen Wohnsitz hat. Diese Bestimmungen sollen erst mit 1. Jänner 1990 in Kraft treten, um Zeit für die notwendigen Verhandlungen zu haben. Selbstverständlich bleibt die Verpflichtung bestehen, für unabweisbare Kranke — unabhängig von ihrer Herkunft — die Anstaltspflege sicherzustellen.

Der Gesetzesentwurf sieht die Möglichkeit vor, daß fremden Staatsangehörigen, die nur zur Behandlung nach Wien kommen, die durch Untersuchungen und Behandlungen tatsächlich erwachsenden Kosten in Rechnung gestellt werden können. Ausgenommen davon sind unter anderem unabweisbare Patienten (Lebensgefahr, Gefahr schwerer Gesundheitsschädigung usw.) und Flüchtlinge.

Weitere wichtige Änderungen im Wiener Krankenanstaltengesetz:

- Die Sonderklasse öffentlicher Krankenanstalten soll an die höheren Ansprüche der Sanatorien bei der Verpflegung und der Unterbringung angeglichen werden. Damit soll die Wettbewerbsfähigkeit öffentlicher Krankenanstalten auf diesem Gebiet erhöht werden.
- Die Höchstgrenze der in öffentlichen allgemeinen Krankenanstalten, in öffentlichen Sonderanstalten und in privaten gemeinnützigen, allgemeinen Krankenanstalten systemisierten Betten darf (ohne Neurologie und Psychiatrie) die Zahl von 13.811 nicht übersteigen. Zur Deckung eines dringenden Bedarfs darf diese Zahl um höchstens 2 Prozent überschritten werden.
- In einer Krankenanstalt, an der klinische Prüfungen von Arzneimitteln durchgeführt werden, ist mindestens eine Kommission einzurichten, die die Durchführung der Prüfungen aus ethischer Sicht beurteilt (Ethikkommissionen). Auch die Zusammensetzung der Kommissionen wird durch das Gesetz geregelt.
- Bei der Entlassung eines Patienten ist neben dem Entlassungsschein unverzüglich ein Arztbrief anzufertigen, der die für eine allfällige weitere medizinische Betreuung maßgebenden Angaben und Empfehlungen zu enthalten hat. Dieser Arztbrief ist — je nach der Entscheidung des Patienten — diesem, dem einweisenden oder dem weiterbehandelnden Arzt zu übermitteln.

(Schluß) sc/gal

Wien-Tourismus: Gute Bilanz der Wintersaison

Nächtigungs- und Auslastungssteigerungen

Wien, 18.4. (RK-LOKAL) Eine sehr positive Bilanz zieht der Wiener Fremdenverkehrsverband aus der abgelaufenen Wintersaison: Von November 1988 bis März 1989 wurden in Wien insgesamt 1,751.000 Gästenächtingungen verzeichnet, was einen Zuwachs von 11 Prozent gegenüber der vorherigen Wintersaison bedeutet. Aus allen wichtigen Herkunftsländern des Wien-Tourismus außer Ungarn und Kanada wurden Nächtigungszuwächse erzielt. Die Ergebnisse in den einzelnen Monaten lauteten: November + 15 Prozent, Dezember + 11 Prozent, Jänner + 4 Prozent, Februar + 14 Prozent, März + 12 Prozent.

Den stärksten Anteil am Winter-Nächtigungsergebnis haben die deutschen Wien-Besucher mit 356.000 Nächtigungen und einem Zuwachs von 12 Prozent. Die stärksten „Zuleger“ waren die Italiener mit 262.000 Nächtigungen, was ein stattliches Plus von 28 Prozent bedeutet. Auf dem dritten Rang in der Nationenliste stehen die österreichischen Wien-Besucher mit 251.000 Nächtigungen (+ 5 Prozent). Besonders erfreulich ist, daß auch amerikanische Wien-Besucher wieder stärker im Kommen sind, sie absolvierten im Winter 99.000 Nächtigungen (+ 8 Prozent) in Wien. Aus der Schweiz gab es ebenfalls einen kräftigen Anstieg, + 18 Prozent bei 66.000 Übernachtungen, und die Nächtigungen der Japaner stiegen auf 64.000 (+ 2 Prozent). Weitere, zum Teil äußerst starke Zuwächse gab es aus Spanien (41.000 Nächtigungen, + 26 Prozent), Frankreich (43.000 Nächtigungen, + 5 Prozent), Großbritannien (60.000 Nächtigungen, + 26 Prozent), den Niederlanden (28.000 Nächtigungen, + 20 Prozent) und Schweden (18.000 Nächtigungen, + 23 Prozent).

Von den Nächtigungszuwächsen profitierten alle Hotelkategorien, am meisten aber die Drei-Sterne-Hotels. Auch ein erfreulicher Anstieg der Auslastung war in allen Kategorien zu verzeichnen, im Durchschnitt stieg sie von 35,7 Prozent (Winter 1987/88) auf 38,3 Prozent (Winter 1988/89). (Schluß) wfv/rr

Wiener Gemüse nach wie vor nur gering belastet

Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Das von den Gärtnereibetrieben der LGV, der Landwirtschaftlichen Gemüseverwertungsgenossenschaft Wien, in Simmering und der Donaustadt erzeugte Wiener Gemüse weist nach wie vor nur geringe Belastungen auf. Die Qualität des mit dem Wiener Stadtwappen ausgezeichneten Gemüses entspricht weiterhin jener der Produkte aus industriiefernen Gebieten. Das ergaben die von der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien durchgeführten Monitoringuntersuchungen. Das erfreuliche Ergebnis gilt übrigens nicht nur für die Glashausware, sondern auch für den Freilandanbau. Darüber berichteten Konsumentensstadträtin Christine SCHIRMER und der Leiter der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien, Direktor Prof. Dr. Alfred PSOTA, Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

„Das generell erfreuliche Ergebnis der Gemüsekontrollen — von 220 Proben wurden lediglich bei zwei Salat- und einer Rettichprobe geringfügig überhöhte Nitratwerte gefunden — ist sowohl auf die strengen Umwelt- und Gemüsekontrollen durch die Stadt Wien als auch auf die Bemühungen der LGV selbst zurückzuführen, die sich bemüht, Frischgemüse bester Qualität mit möglichst geringer Rückstandsbelastung zu erzeugen und anzubieten. Das Wiener Gemüse kann daher auch weiterhin mit dem Wiener Stadtwappen versehen werden“, betonte Schirmer dazu.

Wiens Gemüse wird seit 1985 bekanntlich mit dem sogenannten Monitoring-System, einer zusätzlich zur normalen Lebensmittelkontrolle durchgeführten strengen Kontrolle der Gemüseanbauflächen in Simmering, Donauefeld und Kagran, untersucht. Damit wird aber nicht nur das Gemüse selbst auf eventuelle Rückstände hin untersucht (und die Gärtnereibetriebe auch ständig beraten), sondern gleichzeitig eine Umweltkontrolle geboten, da die Pflanzen ja ein sensibler Indikator für Veränderungen in der Schwermetall- und Schadstoffbelastung durch Industrie, Verkehr und Haushalt sind. Allein für die Monitoring-Kontrolle werden vom Marktamt 100 Salatproben aus Glashäusern und vom Feld sowie für weitere Untersuchungen 120 Proben anderer Gemüsesorten gezogen und in der LUA untersucht.

Die Ergebnisse im einzelnen:

Die **Schwermetallbelastung** hat sich in den dreieinhalb Jahren der Untersuchungen nicht wesentlich verändert. In keinem Fall wurden Richtwerte überschritten.

Bei **Blei** zeigte sich, daß der Bleianteil verringert wurde; hier haben sich die von Bürgermeister Dr. Helmut Zilk geforderten Schutzwände und geschützte Kulturen positiv ausgewirkt. Eine weitere Verbesserung ist noch möglich, sobald Benzin (Super) überhaupt nicht mehr verbleit ist. (Richtwert für Blattgemüse 0,3 mg/kg).

Cadmium, weitgehend von der Düngung abhängig: die Werte liegen alle unter — zum Teil weit unter — dem Richtwert für Blattgemüse (0,05 mg/kg).

Chrom, Nickel: sie kommen laut amerikanischer Literatur schon als natürliche Spurenelemente in einer Menge von 0,02 bis 0,05 mg/kg vor. Richtwerte für diese beiden Elemente gibt es allerdings auch bei der WHO oder der EG noch nicht. Die oben angeführten Werte werden von den meisten Gärtnern Wiens erheblich unterschritten. Einige liegen wohl darüber (was mit der Verwendung von Heizöl schwer in bestimmten Gärtnereibetrieben zusammenhängen dürfte), entsprechen aber internationalem Durchschnitt.

Bromide: werden als Schimmelverhütungsmittel eingesetzt. Grenzwert 30 mg/kg, gefunden wurden zwischen 0 und 10,1 mg.

Spülwasser: die Untersuchung des Spülwassers auf saure Niederschläge hat lediglich in einigen Fällen Chloride in der Größenordnung der Trinkwasserwerte ergeben.

Nitrat: Nitratwerte sind von der Düngung, der Feuchtigkeit, der Gemüsesorte und dem Licht (daher unterschiedliche Grenzwerte für Sommer- und Winterhalbjahr) abhängig. Insgesamt wurden 224 Proben — 70 im Monitoring-System — und 103 Privatproben der LGV auf Nitrat untersucht. Davon hatten lediglich zwei Proben Glassalat und eine Probe Rettich überhöhte Nitratwerte (Grenzwert für Salat — Winterhalbjahr 4000 mg/kg, gefunden 4200, 4300 mg/kg; Grenzwert für Rettich — Sommerhalbjahr 3500 mg/kg, gefunden 4500 mg/kg) — ein sehr geringer Prozentsatz (1,3 Prozent).

Pestizide: untersucht wird auf Rückstände von 39 Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, 1988 wurde überhaupt kein Pestizidrückstand gefunden.

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, daß das Frischgemüse der LGV Wien — jährlich werden von rund 400 Gärtnereibetrieben auf 450 Hektar Fläche (davon 110 Hektar im geschützten Glashaus- oder Folienanbau) 33.000 bis 35.000 Tonnen Wiener Gemüse erzeugt — nach wie vor nur eine sehr geringe Rückstandsbelastung aufweist. Nicht nur die Werte der Ware aus geschütztem Anbau, sondern auch die Freilandwerte liegen mit Abstand unter den Grenzwerten. Es wurde keine mißbräuchliche Verwendung von Pestiziden oder Bromiden festgestellt, die durchschnittliche Nitratbelastung ist ebenfalls verhältnismäßig gering, bei über 200 Proben liegen nur drei Überschreitungen vor. Wiens Gemüse ist also nach wie vor von ausgezeichneter Qualität.

Wien größter Frischgemüseproduzent Österreichs

Kmzl. Rat Josef JEDLETZBERGER von der LGV Wien wies darauf hin, daß Wien mit 50 Prozent der österreichischen Erzeugung der größte Frischgemüseproduzent unseres Landes ist. Jedletzberger erwähnte auch die strengen Satzungen der LGV, die bei Verstößen, z.B. gegen die Richtlinien beim Pflanzenschutz, Sanktionen bis hin zum Ausschluß vorsehen, und betonte auch das Pilotprojekt „Integrierter Pflanzenschutz“, bei dem Schädlinge (schädliche Insekten) mit Nützlingen bekämpft werden. (Schluß) hrs/rr

Forts. von Blatt 783

Zilk: Bis 1992/93 ist jede dritte Wiener Hauptschule gefährdet

Strukturreformen sind unumgänglich

Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Die demographische Entwicklung der letzten Jahre und die aktuellen Anmeldungen für das nächste Schuljahr machen eine Strukturreform des Schulwesens im Bereich der Hauptschulen und der AHS-Unterstufe unumgänglich.

Im nächsten Schuljahr wird der Trend einer immer stärkeren Anmeldung von Volksschülern in die Unterstufe der AHS weiter anhalten. (1988/89: 55,0 Prozent in die AHS, 45,0 Prozent in die Hauptschule; 1989/90: 55,5 Prozent in die AHS, 44,5 Prozent in die Hauptschule). Darüber informierten am Dienstag Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Stadtschulratspräsident Prof. Hans MATZENAUER in einem Pressegespräch.

Besonders interessant ist, daß Bezirke, die schon jetzt über hohe AHS-Anmeldezahlen verfügten, diese noch weiter ausgebaut haben. (13. Bezirk: 1988/89: 73,6 Prozent AHS-Unterstufe, 1989/90: 86,5 Prozent AHS-Unterstufe; 1. Bezirk: 1988/89: 70,8 Prozent AHS-Unterstufe, 1989/90: 79,0 Prozent AHS-Unterstufe; 18. Bezirk: 1988/89: 65,7 Prozent AHS-Unterstufe, 1989/90: 79,2 Prozent AHS-Unterstufe)

Neu ist allerdings das dramatische Absinken der Anmeldungen in die Hauptschule gerade in den bevölkerungsreichen Bezirken Wiens. (So besuchten z.B. im 21. Bezirk im laufenden Schuljahr 1988/89 noch 53,0 Prozent der Schüler die Hauptschule, für das nächste Schuljahr 1989/90 meldeten aber nur mehr 42,1 Prozent der Eltern ihr Kind in der Hauptschule an. Im 23. Bezirk betrug im laufenden Schuljahr die Anmeldezahl 41,9 Prozent, für das nächste Schuljahr nur mehr 28,6 Prozent.)

Daß es sich bei diesem Trend um kein ausschließliches Wiener Problem handelt, hielt Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in seiner Dienstag-Presskonferenz ausdrücklich fest:

„In Graz gibt es am linken Murufer keine einzige Hauptschule mehr. In Mödling überlegt man sogar den Bau einer vierten AHS, weil es in den letzten Jahren Anmeldezahlen von über 80 Prozent für diesen Schultyp gab. Wir Wiener formulieren lediglich ein Anliegen, das österreichweit überall dort auf uns zukommt, wo ein breitgefächertes und leicht erreichbares Schulangebot besteht, und wo mehrere Allgemeinbildende höhere Schulen mit den Hauptschulen um die Kinder konkurrieren.“

„Wenn der Anmeldetrend auch in nächster Zeit anhält, wird dadurch in Wien in den nächsten drei Jahren (also bis zum Schuljahr 1992/93) jede dritte Hauptschule gefährdet. Insgesamt ist bis 1992/93 mit großen Schwierigkeiten für 37 von 105 Wiener Hauptschulen zu rechnen“, teilte Zilk mit.

„Eine Systemkosmetik hilft hier nicht mehr: Wir haben in den letzten Jahren alles angeboten, um die Hauptschule attraktiver zu machen, musische Schwerpunkte, sportliche Sonderangebote, Nachmittagsbetreuung etc. Das hat nur zu einer größeren Konkurrenz der Hauptschulen untereinander, aber zu keiner Verbesserung der Position gegenüber der AHS geführt. Verantwortungsbewußte Schulpolitiker wie die Landesschulratspräsidenten Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER, Steiermark, oder Prof. Dr. ECKMAYR, Oberösterreich, der Wiener Stadtschulratsvizepräsident Dr. PETRIK, aber auch die Kirche und andere Vereinigungen haben schon längst erkannt, daß wir keine Systemkosmetik, sondern eine Strukturreform brauchen. Die Situation zwingt uns zu regionalen Maßnahmen, und sie muß auf Bundesebene zu Gesetzesänderungen führen.“

Die Wiener Schulreformkommission wird am Donnerstag, 20. April, diese und andere Probleme beraten. Zilk dazu: „Ich habe gemeinsam mit Stadtrat Dr. Busek eine reine Expertenkommission eingesetzt und erwarte mir noch vor dem Sommer Vorschläge. Diese werden wir dann bundesweit diskutieren.“ (Forts. mgl.) red/rr

Josefstadt und Alsergrund: Zufrieden mit der Nahversorgung

Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Nach den Nahversorgungserhebungen in den Stadtrandbezirken Simmering, Penzing und Favoriten wurde im Auftrag des Wiener Konsumentenbeirates im Herbst vergangenen Jahres erstmals eine derartige Erhebung in den Innenstadtbezirken Josefstadt und Alsergrund durchgeführt. Bei einer Beteiligung von über 20 Prozent der Wohnbevölkerung zeigte sich große Zufriedenheit mit der Versorgung; die meisten Menschen in diesen Bezirken kaufen in der Nähe der Wohnung ein. Allerdings werden auch hohes Preisniveau und mangelnde Qualität für das Ausweichen in andere Bezirke als Grund angegeben. Im 8. Bezirk wird außerdem auch das Fehlen eines Fischgeschäftes angeführt; häufig wird auch ein Reformgeschäft bzw. ein Bioladen gewünscht, aus Preisgründen oft auch der Wunsch nach einem Supermarkt geäußert. Über die Ergebnisse der Nahversorgungserhebungen Josefstadt und Alsergrund berichtete Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Die Auswertung der beiden Untersuchungen ist im Heft 4/88 der Statistischen Mitteilungen der Stadt Wien enthalten. Dieses Heft ist zum Preis von 50 Schilling in der MA 66, 1, Volksgartenstraße 3, 2. Stock, oder im Verlag Ueberreuter erhältlich.

Nahversorgungserhebung Josefstadt

22,8 Prozent der Wohnbevölkerung nahmen an der Nahversorgungserhebung teil.

Den Supermarkt suchen die meisten Josefstädter/innen auf, wenn sie Mehl, Zucker, Teigwaren, Getränke, Milch und Milchprodukte kaufen wollen. Im Lebensmittelgeschäft erstehen sie vor allem Brot und Gebäck sowie Fleisch und Fleischwaren. Beim Kauf von Obst und Gemüse kommt (im Gegensatz zum 9. Bezirk) neben dem Lebensmittelgeschäft zuerst dem Markt, dann dem Supermarkt größere Bedeutung zu — bemerkenswert, weil es einen Markt im 8. Bezirk nicht gibt. Die Konsument/innen fahren auf die Märkte im 16. Bezirk (Brunnen- und Yppenmarkt). Ein Vergleich der Einkaufsgewohnheiten zwischen dem 8. und 9. Bezirk zeigt, daß sich die Konsument/innen der beiden Innenstadtbezirke ähnlich verhalten, im Unterschied zu jenen in den Stadtrandbezirken: dort ist eher der Supermarkt die bevorzugte Betriebsform für die meisten Produkte. In den innenstadtnahen Bezirken ist noch immer das Lebensmittelgeschäft stärker präsent.

97 bis 75 Prozent der Josefstädter/innen können in ihrem kleinen Bezirk alle Produkte überwiegend zu Fuß einkaufen.

Generell geben rund 85 Prozent der Befragten an, daß ihnen kein Lebensmittelgeschäft des täglichen oder sonstigen Bedarfes fehlt (Simmering: 74,4 Prozent, Penzing: 70,2 Prozent, Favoriten: 87,3 Prozent, Alsergrund: 77,3 Prozent). 6 Prozent allerdings bemängeln, daß es im 8. Bezirk keine Fischhandlung gibt.

Einzelne Nachfragen nach Supermarkt, Fleischhauer, Obst- und Gemüsehandlung, Bäcker oder Feinkosthandlung (zwischen 5,5 und 3,0 Prozent), lassen eher auf Unzufriedenheit mit Preisniveau oder Qualität schließen, da diese Geschäfte in den Hauptgeschäftsstraßen vorhanden sind. 13,4 Prozent der Befragten würden trotz höherer Kosten einen Zustelldienst für Lebensmittel des täglichen Bedarfes, 15,8 Prozent einen für sonstige Lebensmittel in Anspruch nehmen.

63 Prozent sagen, daß ihnen kein Geschäft für sonstige Waren oder Dienstleistungsbetriebe fehlt (Simmering: 42,5 Prozent, Penzing: 40,6 Prozent, Favoriten: 42,5 Prozent, Alsergrund: 61,4 Prozent). Von den anderen Teilnehmer/innen werden Geschäfte mit Kleintextilien, eine Schuhreparatur-

werkstätte, schon seltener ein Cafe oder eine Konditorei, ein Billigdrogeriemarkt oder eine Putzerei, Installateur, Trafik, Oberbekleidungsgeschäft, Gasthaus und Apotheke gewünscht. Zu diesem Wunsch ist zu bemerken, daß die entsprechenden Geschäfte vorhanden sind, wenn auch nicht in jedem Baublock.

Die Bevölkerung im 8. Bezirk wurde auch gefragt, ob die Gemeindedienststellen gut erreichbar sind. Beim magistratischen Bezirksamt (Wien 1, Wipplingerstraße 8) sagen 58,6 Prozent „nein“. Beim Sozialreferat, das sich in Wien 9, Währinger Straße 39 befindet, meinen dagegen 54,5 Prozent, es sei günstig gelegen.

Nahversorgungserhebung Alsergrund

Von den 21,6 Prozent der Wohnbevölkerung, die an der Nahversorgungserhebung teilnahmen, waren im Gegensatz zu anderen Bezirken — mehr 15- bis unter 30jährige dabei.

An erster Stelle unter den am meisten bevorzugten Geschäften steht wie im 8. Bezirk der Supermarkt; Mehl, Zucker, Getränke, usw. werden von der Mehrzahl der Haushalte dort eingekauft, 50 Prozent besorgen dort auch die Milchprodukte. Brot und Gebäck holen drei Viertel der Haushalte vom Geschäft um die Ecke, ebenso Fleisch und Wurstwaren. Etwa je ein Drittel der Haushalte kauft Obst und Gemüse im Lebensmittelgeschäft oder im Supermarkt. Das Angebot der Markthalle im 9. Bezirk ist vielen zu teuer, qualitativ zu wenig gut oder der Markt vom Wohnort zu weit entfernt (schlecht erreichbar). Viele Konsument/innen aus der Roßau und dem Lichtental fahren auf Märkte in angrenzende Bezirke.

Auch im 9. Bezirk gehen die Konsument/innen meistens zu Fuß einkaufen, was zeigt, daß die Bevölkerung sehr gut versorgt ist.

Vor allem das hohe Preisniveau des Bezirks und die mangelnde Qualität bewirken dennoch, daß Konsument/innen mitunter auch längere Einkaufswege auf sich nehmen und oft auch in andere Bezirke fahren.

77,3 Prozent der Teilnehmer/innen an der Nahversorgungserhebung Alsergrund gaben an, daß ihnen kein Lebensmittelgeschäft fehlt. Am häufigsten wurde immer noch der Wunsch nach einem Supermarkt — 15 Prozent der Befragten — geäußert.

Ferner gibt es Nachfrage nach einer Obst- und Gemüsehandlung, Fleischhauer und Fischhandlung, vor allem aus Preis- und Qualitätsgründen. Weitere Geschäfte, die verlangt wurden, aber nur untergeordnete Bedeutung haben, waren Milchgeschäft, Bäcker, Markt, Feinkosthandlung und Bioladen. Für die Markthalle wünschen sich die Bewohner/innen des Alsergrundes mehr Kundenfreundlichkeit und ein niedrigeres Preisniveau.

11,9 Prozent würden den Zustelldienst für Lebensmittel des täglichen Bedarfes, 13,9 Prozent einen für sonstige Lebensmittel in Anspruch nehmen.

61,4 Prozent der Konsument/innen sagen, daß ihnen in der Wohnumgebung keine sonstigen Geschäfte bzw. Dienstleistungsbetriebe fehlen. Den anderen geht z. B. ein Geschäft mit Kleintextilien und Kurzwaren, eine Schuhreparaturwerkstätte und Kaffeehäuser bzw. Konditoreien ab, weitere Wünsche betreffen Putzerei, praktischen Arzt mit Krankenkassen, Gasthäuser. Was Kaffeehäuser und Gasthäuser, aber auch Geschäfte für Oberbekleidung betrifft, ist anzunehmen, daß die derzeitigen nicht den Wünschen der Konsument/innen entsprechen, da sie eigentlich ausreichend im Bezirk vorhanden sind. Gewünscht werden wie beim Kaffeehaus aber auch bei den Gasthäusern gutbürgerliche Betriebe, die auch Samstag und Sonntag geöffnet haben.

Forts. von Blatt 786

Forts. auf Blatt 788

Auch im 9. Bezirk wurden spezielle Bezirksfragen gestellt, und zwar: „Soll in verschiedenen Bezirksteilen eine Beschränkung auf 30 km/h eingeführt werden?“ — 50,4 Prozent waren dafür, 49,6 Prozent dagegen — und eine Frage bezog sich auf die Bereitschaft, für einen gesicherten Parkplatz zu zahlen. Trotz schwieriger Parkplatzsituation sind aber 70 Prozent der Haushalte nicht bereit, mehr als 500 Schilling monatlich für einen gesicherten Parkplatz zu zahlen, nur jeder 6. Haushalt würde bis zu 1.000 Schilling für einen gesicherten Garagenplatz ausgeben. Jeder 9. Haushalt ist der Ansicht, Parkplätze dürften nichts kosten. (Schluß) hrs/gal

Forts. von Blatt 787

Einsatzübung der „Feuerwehrjugend“ im Rathaus

Wien, 18.4. (RK-LOKAL) Montag nachmittag simulierten 50 Jugendliche im Alter zwischen 12 und 17 Jahren einen Löschangriff auf eine brennende Baracke im Arkadenhof des Wiener Rathauses: Es waren jene jungen Leute, die sich im Rahmen des Wiener Landesfeuerwehrverbandes im vergangenen Herbst freiwillig zu einem Kurs angemeldet hatten, der im Juni zu Ende geht. Der interessierten „Feuerwehrjugend“ war in den vergangenen Monaten verschiedenes über die Grundtätigkeiten der Feuerwehr sowie zum aktuellen Thema Selbstschutz beigebracht worden. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Feuerwehrstadtrat Dr. Michael HÄUPL zeigten sich vom Ehrgeiz und vom erworbenen Wissen der ausgebildeten Jugendlichen überaus angetan. (Schluß) ull/rr

Zilk: Dank an Stadtrat Busek

Wien, 18.4. (RK-POLITIK) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK sprach heute, Dienstag, dem designierten Wissenschaftsminister Dr. Erhard BUSEK, der aus dem Stadtsenat ausscheiden wird, seinen Dank aus. „Gemeinschaft ist ein Ort, an dem man fehlt, wenn man ihn verläßt.“ In diesem Sinn war Dr. Busek Teil einer Gemeinschaft, auch wenn in ihr oft harte Diskussionen geführt wurden, betonte der Bürgermeister.

Die Bezeichnung „Bunter Vogel“ für Dr. Busek wäre eine gewaltige Unterschätzung, sagte Zilk in seinem Pressegespräch. Busek sei hochgebildet, eloquent, originell und auch schwierig. Er habe einen Platz in der Geschichte dieser Stadt — nicht nur als „Dramatiker der Glücklosigkeit“ in dreizehn Oppositionsjahren, sondern als jemand, der wichtige Akzente in der Kommunalpolitik gesetzt, viele neue Ideen eingebracht hat. „Er ist für mich eine Herausforderung gewesen“, sagte Zilk und: „Er wird mir fehlen.“

Für seine neue Aufgabe wünschte Zilk dem künftigen Wissenschaftsminister viel Erfolg. Nach dreizehn Jahren Opposition sei diese Regierungsfunktion eine Herausforderung. Zilk nannte eine Reihe von Problemen, bei deren Lösung er sich von Minister Busek viel erwarte: Messepalast; Neustrukturierung der Bundesmuseen; Altes AKH; Sanierung der Universitäten.

Schließlich, so Zilk, wünsche er sich auch, daß Minister Busek in Zukunft auch Kompetenzen des Bundes im Zusammenhang mit der geplanten Weltausstellung übernehme. (Schluß) ger/sk

Lainz: Expertenkommission wird voraussichtlich nächste Woche zusammentreten

Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK gab in seinem Pressegespräch am Dienstag bekannt, daß die vom Wiener Gemeinderat im Zusammenhang mit den Vorfällen in Lainz beschlossene unabhängige Expertenkommission voraussichtlich bereits nächste Woche ihre konstituierende Sitzung abhalten wird. Der Kommission werden 15 Mitglieder angehören, von denen zehn die SPÖ, vier die ÖVP und eines die FPÖ vorschlagen. Zilk wünscht sich, daß dieser Kommission auch zwei bis drei ausländische Kapazitäten angehören. Die Kommission soll für ihre Arbeit sechs Wochen Zeit haben.

Zu den Vorwürfen, daß mehr als 1.600 Personen im Bereich des Pflegepersonals in den städtischen Krankenhäusern fehlen, stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER fest, daß die Stadt Wien seit Jahren bemüht sei, mehr Pflegepersonal auszubilden. Gab es 1974 nur 560 Schülerinnen an Krankenpflegeschulen, so sind es derzeit etwa 2.200, sagte Stacher. 1974 wurden 100 Schwestern diplomiert, heuer waren es 450. Der zweite Bildungsweg, der schon längere Zeit geplant war, wird demnächst in Lainz verwirklicht, betonte Stacher. (Schluß) fk/rr